

Beschluss der Landesmitgliederversammlung in Stuttgart vom 30. April 2011

Hotel Silber als Lern- und Gedenkort vollständig erhalten

Hintergrund und Ausgangslage:

Das Gebäude „Hotel Silber“ am Karlsplatz - zentral in Stuttgart gelegen - diente während der Nazi-Herrschaft als Zentrale der Geheimpolizei (Gestapo) in Württemberg. Landesweite rassistische, politische und religiöse Verfolgungen wurden von hier organisiert und gelenkt. In den Kellern des Gebäudes waren Zellen untergebracht, in denen gefoltert und gemordet wurde, und die heute noch zum Teil erhalten sind. Das Gebäude an sich wurde in Folge der Luftangriffe der Alliierten fast zur Hälfte zerstört, in der Nachkriegszeit jedoch wieder hergestellt. Dorthin kehrten nach dem Krieg viele der Schreibtischtäter zurück, nun als „Demokraten“ der städtischen Polizei. Opfer des NS-Regimes mussten hier die Kontinuität der Verfolgung erleben und wurden häufig erneut mit ihren Peinigern aus der NS-Zeit konfrontiert.

Das Gebäude befindet sich heute in Landeseigentum. Dort arbeiten Beamte des demokratischen Baden-Württemberg. Das „Hotel Silber“ – ein authentischer Ort des Erinnerns – ist Ort der Unmenschlichkeit und der Demokratie zugleich. Die städtebaulichen Planungen, das Gebäude abzureißen und an seiner Stelle das vom Land Baden-Württemberg und dem Kaufhaus Breuninger getragene „Da-Vinci-Projekt“ mit neuen Ministerien, Gewerbeflächen für Einzelhandel und Gastronomie sowie einem hochklassigen Hotel zu bauen, sind vor der Landtagswahl ins Stocken geraten. Die grün-roten Koalitionspartner haben sich übereinstimmend und einvernehmlich dahingehend geäußert das „Hotel Silber“ vollständig zu erhalten.

Forderungen:

Da der Erhalt des „Hotel Silber“ nicht explizit im Koalitionsvertrag festgelegt ist, fordern wir die künftige Landesregierung auf:

- einen vertraglich gesicherten Ausstieg aus dem Bauprojekt „Da-Vinci“ und die Rückabwicklung oder Auflösung aller Verträge des Landes mit der Projektgesellschaft durchzuführen.

- das „Hotel Silber“ wie vereinbart vollständig zu erhalten und zukünftig als Lern- und Gedenkstätte der NS-Zeit und als Ort politischer und gesellschaftlicher Bildungsarbeit zu nutzen. Dazu soll das Land in Zusammenarbeit mit der Stadt Stuttgart und im Dialog mit Wissenschaft und Gesellschaft ein Konzept entwickeln. Die Kosten zur Umsetzung des Konzepts und zum Betrieb sollen aus dem Stadt- und Landeshaushalt gedeckt werden.

Begründung:

Für die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg ist das Gedenken an die Verbrechen des NS-Terrors eine gesellschaftliche Pflicht. Der dazugehörige Lern-, Forschungs- und Reflexionsprozess, sowohl über die NS-Zeit selbst als auch über die Nachkriegszeit liegen daher auch im Aufgabenbereich des Landes. Orte des Gedenkens sind hierfür in möglichst vollständiger Form zu erhalten oder zu restaurieren und der Öffentlichkeit in aufbereiteter Form zugänglich zu machen.